



NEWSLETTER, NOVEMBER 2018

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,

diese Themen finden Sie heute in unserem Newsletter:

- Außerordentliche Mitgliederversammlung
- Volksinitiative zum Schutz des Wassers
- Flüssiggasterminal (LNG) in Brunsbüttel
- CCS- Zum Jahresende 2018 will die Bundesregierung dem Bundestag einen Bericht vorlegen. Minister Altmaier hat dazu ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Die Bürgerinitiative Kein CO2 Endlager lädt zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Termin: Mittwoch, den 07. November 2018

Ort: Bergers Landgasthof, Dorfstraße 28, 25917 Enge-Sande

Beginn 18:30 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr

Wie schon fast zur Tradition geworden, beginnen wir unsere Herbsttagung mit einem gemeinsamen Grünkohllessen. Die Teilnahme an diesem typisch norddeutschen Gericht kostet € 16,00, für Vegetarier wird alternativ ein Auflaufgericht mit Salat zum gleichen Preis angeboten.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte werden sein:

- **Berichte des 1. Vorsitzenden Dr. Reinhard Knof zu**
 - a) VI zum Schutz des Wassers
 - b) CCS-aktueller Stand

c) Bohrschlammgruben

d) LNG in Brunsbüttel für geacktes Erdgas aus USA

• **Rückblicke auf die Veranstaltungen in 2018**

29.05.2018 - Übergabe der über 42 000 Unterschriften VI zum Schutz des Wassers an den Landtagspräsidenten Schlie vor dem Landeshaus in Kiel

27.06.2018 - Treffen mit Agrar- und Umweltausschuss in Kiel

28.07.2018 - Sommerfest Gut Hohenhain

17.09.2018 - Schreiben an Wirtschaftsminister Buchholz

02.10.2018 - Vernetzungstreffen in Itzehoe

13.10.2018 - Aktionen zum Global Frackdownday in Husum/ Marktplatz und Dagebüll bei Wattwanderung mit Walther

• **In Planung für den 11. Januar 2019**

Herbstfest auf Gut Hohenhain nach Auszählung der gültigen Stimmen der VI Wasser und danach erfolgter Stellungnahme des Landtages.

• **Beratung und Beschluss über freiwillige Mitgliedsbeiträge für einfache Mitglieder, Kommunen und Kreise**

• **Verschiedenes / Diskussion**

Gäste sind herzlich willkommen.

Volksinitiative zum Schutz des Wassers

Die im Frühjahr 2017 gestartete Volksinitiative zum Schutz des Wassers hat das Ziel, Bergbauunternehmen für Schäden haftbar zu machen und der Geheimhaltung von Bohrplänen zum Schutz von „Geschäftsgeheimnissen“ ein Ende zu setzen. Die Unteren Wasserbehörden der Kreise sollen das Recht erhalten, bei Schäden durch Bergbau aktiv gegen eine Wassergefährdung vorzugehen. Zusätzlich verfolgt die Volksinitiative das Ziel, Fracking zur Förderung von unterirdischen Restbeständen an Erdöl und Erdgas für ganz Schleswig-Holstein per Gesetz zu verbieten. Die Gefahren von irreparablen Verschmutzungen des Grundwassers und somit auch unseres Trinkwassers sind viel zu hoch, als das aufs Spiel gesetzt werden darf. Um einen entsprechenden politischen Druck auf die Landesregierung ausüben zu können, wurden Unterschriften zur Unterstützung der Volksinitiative gesammelt.

Für die gemeinsam mit weiteren Bürgerinitiativen, dem BUND, dem BBU, Verbänden und der Piratenfraktion gestartete Volksinitiative zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes des Landes sowie des Verwaltungsrechts wurden 42.185 Unterschriften gesammelt und am

29.05.2018 an Landtagspräsident Klaus Schlie übergeben. >>Es darf kein Fracking in Schleswig-Holstein geben<<, sagte Schlie bei der Übergabe.

Dazu gab es eine Pressemitteilung (<http://www.keinco2endlager.de/landtag-will-volksinitiative-zum-schutz-des-wassers-teilweise-zulassen-fracking/>) von der wir hier einige Auszüge wiedergeben:

Landtag will Volksinitiative zum Schutz des Wassers teilweise zulassen
Die mit 42.000 Unterschriften von Schleswig-Holsteinern unterstützte Volksinitiative zum Schutz des Wassers sei unzulässig, soweit Fracking verboten werden soll, befand am 24. Oktober die Mehrheit des Innen- und Rechtsausschusses. Zulässig sei sie, soweit Bergbauunternehmen für Schäden haftbar gemacht und der Geheimhaltung von Bohrplänen zum Schutz von „Geschäftsgeheimnissen“ ein Ende gesetzt werden soll. Dies entschied der Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP. SPD und SSW stimmten vergeblich für eine Zulassung auch des Fracking-Verbots. Die Volksinitiative kündigt an, wegen der Nichtzulassung des Fracking-Verbots vor das Landesverfassungsgericht zu ziehen.

Flüssiggasterminal (LNG) in Brunsbüttel

Die Diskussionen über ein geplantes LNG-Terminal in Brunsbüttel sind in vollem Gange. Angesichts der berechtigten Befürchtungen der BI Kein CO2 Endlager und anderer Umweltverbände, über dieses Terminal könnte Flüssiggas angelandet werden, welches mittels Fracking in den USA gewonnen werde, wird auf diese Art dem Fracking weiterer Raum eingeräumt. Zwar argumentiert einerseits die Bundesregierung, die Installation eines LNG-Terminals sei ein rein wirtschaftliches Unternehmen, andererseits hat aber die Bundeskanzlerin dem amerikanischen Präsidenten Trump ihrer Unterstützung bei der Errichtung eines solchen Terminals zugesagt. Trump will verhindern, dass durch die derzeit im Bau befindliche Gaspipeline NordStream 2 noch mehr russisches Erdgas fließen wird, und den Amerikanern dadurch ein wesentlicher Absatzmarkt, nämlich Europa, wegbricht. Soviel zu den Hintergründen der Diskussionen. Für die BI ist der Widerstand damit begründet, dass gefracktes Gas nicht in Schleswig-Holstein angelandet werden soll.

Unter dem Motto >>Klimaschutz statt Flüssiggas<< hat WeAct, die Petitionsplattform von Campact, einen offenen Brief an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Fraktionsvorsitzenden von B90/die Grünen, CDU, DIE LINKE und SPD & weitere

Sprecher*innen der Fraktionen gesendet. Hier der Link dazu:
<https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-klimaschutz-statt-flussiggas-aus-nordamerika-1?bucket=ue-18-10-30&source=ue-18-10-30>

Auch das weltweit agierende Netzwerk Gastivists (<http://www.gastivists.org/>) hat eine Petition gestartet die mit über 10.000 gesammelten Unterschriften am 06. November 2018, um 12:30 Uhr, vor dem Bundestag an den Bundestagsabgeordneten Timon Gremmel (SPD, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie) übergeben wird.

CCS - Carbon Capture and Storage, das ist die Verpressung und unterirdische Lagerung von CO₂

Die Verpressung und unterirdische Lagerung von CO₂ ist nach wie vor sehr umstritten und kann als hoch risikobehaftet für die Umwelt, insbesondere für das Grundwasser angesehen werden. Dazu ein Auszug aus der Wikipedia Enzyklopädie:

Das CO₂ kann ausgasen und mit dem vorhandenen Grundwasser Kaltwassergeysire erzeugen. Dieses geschieht in Deutschland kontinuierlich, so in der Eifel in Andernach und in Wallenborn. Diese können lokal im Untergrund teils erhebliche Mengen giftiger Schwermetalle aus den Gesteinen lösen und diese so in das regionale Grundwasser eintragen. Neben der Verdrängung von Salzwasser aus den Verpressungshorizonten in Grundwasserleiter wäre daher zusätzlich mit einer Schwermetallbelastung im Trinkwasser zu rechnen. Laut einer an der Stanford University durchgeführten Studie besteht bei der Verpressung von Kohlenstoffdioxid in den Boden eine große Wahrscheinlichkeit von schwachen Erdbeben im Speichergebiet. Diese wären zwar zu schwach, um größere Schäden an der Oberfläche auszulösen, jedoch könnten die unterirdischen Speicher durch die dabei entstehenden Risse undicht werden und somit das gespeicherte Kohlenstoffdioxid wieder in die Atmosphäre entweichen. Aufgrund dieses Umstandes wird die im großen Maßstab umgesetzte Kohlenstoffdioxidspeicherung in der Studie als eine risikoreiche und wahrscheinlich erfolglose Strategie der Treibhausgasreduktion angesehen. Da für Abscheidung, Transport und Verpressung von CO₂ erhebliche Mengen an zusätzlichen CO₂-Emissionen entstünden, könnte bei Leckraten von nur 1% pro Jahr innerhalb von 100 Jahren der CO₂-Gehalt der Luft durch CCS sogar signifikant steigen.

Diesem Risiko widerspricht zunächst der Bundeswirtschaftsminister Altmaier (<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/weitere-entwicklung-ccs-technologien.html>) und hat dazu ein Gutachten in Auftrag gegeben. Einen entsprechenden Bericht will die Regierung bis Jahresende dem Bundestag vorlegen. Das Bundesumweltamt hat zu CCS eine etwas andere Sicht (<https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/gewaesser/grundwasser/nutzung-belastungen/carbon-capture-storage#textpart-1>).

Fazit bis jetzt: Der Widerstand verschiedener Umweltorganisationen gegen die CCS-Technologie ist ungebrochen und wird zukünftig sicher noch verstärkt weitergeführt werden.

Sie erhalten von uns unseren Newsletter. Um Sie zu informieren, haben wir Ihre E-Mail-Adresse in einer Mailingliste hinterlegt. Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie sich einfach über den Abmeldelink austragen. Alternativ können Sie uns auch eine E-Mail an info@kein-co2-endlager.de schreiben.

Der Vorstand

Nur gemeinsam sind wir stark im Widerstand gegen CO2-Endlager und Fracking. Bitte unterstützen Sie uns!

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf:

Wenn jeder nur 10,- € gäbe, würde es unsere Arbeit sehr erleichtern.

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten und Flyern und laufenden Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

IBAN: DE86 2176 3542 0007 7190 19 BIC: GENODEF1BDS bei der VR-Bank

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/pages/Kein-CO2-Endlager/175897405789374>

https://twitter.com/ccs_stoppen



Wenn sich etwas ändert, oder Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie [hier Ihre Daten ändern oder sich vom Newsletter abmelden](#), oder eine kurze Mail an newsletter@kein-co2-endlager.de senden.